

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis durch die Post zzgl. Belebung 40 Pf. vierteljährlich 240 Mk.  
Mitgliedschaftsmitglieder haben direkt bei der Post zu bezahlen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Delzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7502.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige  
Pettizette oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Possesse eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 4. Oktober 1919.

23. Jahrgang.

## Lohnbewegungen

Gesperrt sind sämtliche Betriebe in Oberbach (Württemberg), die Sandsteinwerke in Kupferdreh; Travertinwerk in Langensalza; Firma Hottes, Rodach b. Coburg, Odenwald; Firma Braunschweig, Höbenbüren, Werkplatz Gust. Görsch-Söhne Stettin, Betrieb des Steinmeisters Wilhelm Schumann in Oberhau; sämtliche Betriebe im Granitbezirk Kappelrodeck (Schwarzwald); Firma Merkel in Liegnitz, das Granit- und Schotterwerk in Braunslage am Harz.

Obermörlen. Wegen Lohnforderungen kündigte die Firma Voll in Friedberg einigen Kollegen. Friedberg (Hessen) ist deshalb zu meiden.

Bremen. Nach neuerer Vereinbarung beträgt der Stundenlohn für Steinmeister 8 M. Bei den Marmorarbeitern ist die neue Bewegung noch nicht zum Abschluss gekommen.

München. Der Stundenlohn für Steinmeister wurde auf 2.77 bis 2.80 M. erhöht, für Schleifer auf 2.67 bis 2.70 M. Für Arbeiten am Bau und auf Friedhöfen kommen besondere Zusätze von 10 bzw. 20 Pf. pro Stunde hinzu.

Bassau. Durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern Herrn Nageler und Schüler wurde der Stundenlohn für Steinmeister von 1.40 auf 1.80 M. erhöht.

Königsberg (Pr.). Infolge Ablehnung von Zugaben haben sich die Verhältnisse hier zugespielt. Arbeitsangebote nach hier sind deshalb unbedingt abzulehnen.

Herdegen a. Ruhr. Sämtliche Steinbruchbetriebe am Ort und Umgebung sind gesperrt, bis zur Anerkennung des Bezirkstarifs. Bei Arbeitsangeboten nach dem Ruhrsandsteingebiet wende man sich erst an die betreffenden Zahlstellenverwaltungen.

Dessau. Die Werkplätze von Melchart und Stäck sind nach wie vor gesperrt. Die Arbeitgeber versuchen auf alle mögliche Art und Weise durch Umgehung des hiesigen Arbeitsnachweises Steinmeister nach hier zu ziehen.

Braunschweig. Der Stundenlohn für Steinmeister beträgt ab 5. September 2.55 M.

Karlsruhe (Baden). Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses, die uns statt der geforderten Erhöhung von 30 Pf. pro Stunde, ab 1. 9. 19. und ab 1. 10. je 10 Pf. zugesandt, wurde von den Kollegen abgelehnt.

Köln. Die Lohnbewegung der Kölner Steinmeister ist ohne Streit zu deren Gunsten zum Abschluss gekommen. Gefordert waren 50 Pf. Leuerungszuschlag, bewilligt sind 40 Pf. ab 22. September. Der Stundenlohn beträgt damit 8 M. Über die restlichen 10 Pf. sollen in nächster Zeit nochmals Verhandlungen stattfinden.

## Alte und „neue“ Gewerkschaftstaktik.

Man spricht heute in radikal gerichteten Arbeiterkreisen viel von der Notwendigkeit einer „neuen revolutionären Gewerkschaftstaktik“. Die alte sei morsch und verfault und wirke gegenrevolutionär. Und man fügt hinzu, daß die von den alten „Gewerkschaftsbonzen“ gepflegte Gewerkschaftstaktik mit ihrem „Pfennig- und Minutenystem“ und den Unterstützungsvereinigungen schon immer verwässert gewirkt habe...

Es ist zu verstehen, wenn solche Schlagwortkreden vor allem bei solchen Arbeitern Anklang finden, denen das Wesen der Gewerkschaften bisher ein verschließtes Buch war, die früher den Gewerkschaften fernstanden und heute zu vielen tausenden durch die Revolutionswelle in die Gewerkschaften hineingespült worden sind. Diese großen Schichten aus das gefährliche solcher radikal fliegenden Schlagwortpolitik aufmerksam zu machen und sie zu zielflaren Gewerkschaftskämpfern zu erziehen, gehört zu unseren derzeitigen vornehmsten Aufgaben.

Aus welchem Grunde wurden vor mehreren Jahrzehnten unsere Zentralgewerkschaften geschaffen? Um in die Aufgabe der Gewerkschaft, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern, mehr Macht zu legen und dadurch dauernde und bessere Erfolge als bisher zu erzielen. Man ging dabei von dem Erfahrungssatz aus, daß die damals zum Teil im Schwange befindliche lose lokale Organisationsform, die jedem Ort die Feststellung eigener Satzungen und einer eigenen Taktik überließ, welch leichtere Erfolge durch die regellose Art ihrer Anwendung, obwohl sie manchen Zufalls Erfolg zeitigte, dennoch im allgemeinen fruchtlos blieb, unzulänglich sei und daß die straffe Zusammenfassung aller Kräfte unter einem Geist, zur Centralisation, zu größeren und vor allem dauernden Erfolgen führen müsse. Komik lieken auch die Zentralgewerkschaften zunächst viel zu wünschen übrig. Ihre anfängliche Schwäche und der um die Organisationsform tobende Meinungsstreit trugen hieran die Schuld. Aber dann wuchsen sie sich aus zu revolutionären Massenorganisationen. Und wer im Volksgefühl seines radikalsten Hebemannsiums über dieses Wort mittendrin schaute, dem seien ins Gedächtnis gerufen all die schweren und erbitterten Kämpfe, die damals die Zentralgewerkschaften mit dem Unternehmertum ausgespielt haben.

Was waren denn die vielen Streiks der Vorkriegszeit, die unzähligen Lohnbewegungen, die Ausschreitungen, die Kämpfe gegen Maßregelungen und schwarze Listen, die Tarifpolitik, der stete Kampf gegen Regierungsgewalt und koaliertes Unternehmertum für das freie Bewegungsrecht der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Boden? Das war revolutionäre Betätigung im vollen Sinne des Wortes!

Mancher zuckte geringhschäzig die Schultern ob der bei all diesen Kämpfen errungenen Erfolge. Und doch konnte jede Gewerkschaft und vor allem die damalige Generalkommision alljährlich mit glänzenden Statistiken aufwarten, die den zahlreichen Niederschlägen darstellten über unsere Gewerkschaftserscheine bei der Erhöhung der Löhne, der Verbesserung der Arbeitszeit, bei der Verbesserung sozialer Schutzgesetze und hygienischer Einrichtungen. Trotzdem wollte eben mancher nicht sehen und begreifen. Ach, man war ja in das „Endziel“ so versessen, daß man die täglichen Erfolge der Gewerkschaften als die notwendigen Voraussetzungen zur Erreichung des Endziels gar nicht erkannte! Und doch war auch der kleinste Erfolg in diesen oft so mühsamen Kämpfen als revolutionierendes Element zu buchen, das uns etappenweise dem Endziel nähern mußte. Ja, selbst die oft verachteten sozialen Selbstverständigungen der Verbände waren in ihrer Auswirkung revolutionär, sie linderten das Elend und wirkten in jeder Richtung kämpfstärkend, sie vermehrten die Zahl der Kämpfer, hoben die Widerstandskraft der Verbände und erleichterten den Kämpfersieg.

Trotz all dieser reichen Erfahrungen verblieb stets eine Gegnerschaft in den Reihen der Arbeiter gegen diese im Zuge befindliche und tausendfach bewährte Gewerkschaftstaktik. Sie stand jedoch nie einen nennenswerten Führerhoden und hat ihn auch heute noch nicht gefunden, obwohl die Bedingungen hierfür zur Zeit mehr denn je vorhanden wären. Denn die wirtschaftliche Not als Hauptfaktor jeder Unzufriedenheit ist groß. Der Zusammenbruch hat dem deutschen Volke wohl eine Befreiung aus politischer Knechtlichkeit und die urhebende Freiheit des Handelns in wirtschaftlichen Dingen gebracht, die wirtschaftlichen Streits, fast durchgängig notwendig als Ausgleich der maßlos verteuerten Lebenshaltung, brachten große Erfolge. Was der Zusammenbruch aber nicht brachte, das war der von manchem erträumte sofortige Übergang vom kapitalistischen Staat zur sozialistischen Gesellschaftsform. Deshalb die vielfach vorhandene Unzufriedenheit vor allem bei jenen Elementen, die der Bewegung als neue Kämpfer beigetreten sind und die in ihrer großen Überzahl die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte, die die jederzeitige Form unserer Staatsseinrichtungen bestimmen, noch nicht erkannt haben. Und da es eine Utopie ist, den Übergang aus dem Kapitalistenstaat in die sozialistische Gesellschaft ohne schwere Schädigung des Volksangebens plötzlich zu erzielen, da es nur möglich ist, die Sozialisierung unseres wirtschaftlichen und geistigen Lebens durch planmäßige Methoden schrittweise durchzuführen, so müssen viele im Unmöglichen der Unterscheidung des Durchführbaren vom Unmöglichen über die „verfehlte“ Gewerkschaftstaktik und verlangten eine Radikalisierung der Kämpfesmethoden.

So tritt denn vielfach an die Stelle der planmäßigen Bewegung die blinde Leidenschaft und Phantasie und Neulinge sind bemüht, die ganze Bewegung parteipolitischen Zwecken dienstbar zu machen, weshalb sie die alte bewährte Gewerkschaftstaktik, der wir als unsere heutige Macht und unseren großen Einfluß verdanken, herunterreißen und an Stelle der Planmäßigkeit die Hilflosigkeit, an Stelle der Leidenschaft die durch Verstand unbeeinträchtigte Leidenschaft jagen. Und doch kann uns nur die Weiteranwendung der alten Kampfmethoden unter Anpassung an die durch politische Freiheit errungene größere Bewegungsmöglichkeit und unter Ausnutzung aller neu erworbenen wirtschaftlich-fortschrittlichen Rechte weiter vorwärts helfen. Unter Anwendung dieser Taktik sind die Gewerkschaften größer und stärker geworden und haben in jahrzehntelangen Kämpfen die Arbeiter vom willenslosen Helotentum zu mächtigen, mitbestimmenden Faktoren im Wirtschaftsleben erhoben. Das Geheimnis des Erfolges war hierbei, daß in den Kämpfen System lag, daß ein reicher Erfahrungsschatz der alten Gewerkschaftskämpfer den Massen zur Seite stand, wodurch planmäßig immer größere und dauernde Erfolge durchgesetzt wurden.

Und diese Taktik gilt es beizubehalten. Wehe der deutschen Arbeiterchaft, wenn sie dem noch heute oft breitmachenden Wortheldentum erliegen würde! Gewiß, Augenblickserfolge sind auch bei solcher Zuständigkeit denkbar. Der Tonnererfolg aber wäre nicht gegeben, denn nur planmäßiger Aufbau, eine von altem Phantasierei befreite, rein demokratische, zielbewußte Gewerkschaftstaktik ist die einzige erfolgsversprechende!

Hütet euch vor denen, die euch eine „neue Taktik“ lehren wollen! Über sechs Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen heute in den deutschen Gewerkschaftsverbänden. Damit haben die Gewerkschaften ein Maß von Verantwortung übernommen, daß sie, um böse Niederschläge und Niederlagen zu vermeiden, mit fülliger Besonnenheit das Ganze zusammenhalten und planmäßig dem Ziele entgegenführen müssen. Den Neuen in der Bewegung aber sei auferufen: Prüft, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Arbeit geleistet haben! Rominit dadurch zu klarer Erkenntnis und lebt an die Stelle der Gefühlsmöglichkeit und des unüberlegten Handelns die

geschlossene, gesetzliche Überzeugung und die durch Einfachheit gestaltete Kraftvolle, des Erreichbaren bewußte Tat! Dann wird der alte revolutionäre Geist, der immer die Gewerkschaften beherrscht, uns weitere Erfolge zu führen und Enttäuschungen und Niederschläge werden ausgeschlossen bleiben!

## Zu den Schiedsgerichtsverhandlungen in Berlin.

Wie unsere Kollegen durch eine kurze Notiz im „Steinarbeiter“ bereits informiert worden sind, begann am 22. September unter dem Vorstoß eines Reichsarbeitsministerialvertreters die Verhandlungen über die Festsetzung der Ortszuschläge für die verschiedenen Betriebe der Granitschleifer. Das Schiedsgericht setzte sich zusammen aus:

Reichsregierungsrat Max Geth, für das Reichsarbeitsministerium, die Herren Hoffsteinmeister Architekt Hans Hesse, Berlin, Oberingenieur Winter, Bayreuth, Gewerberat Dr. Müller, Darmstadt, waten als Beisitzer vom Verband deutscher Granitwerke geladen; als Vertreter des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands fungierten als Schiedsrichter Otto Hanke, Maurer, Bildhauer Blum, Arbeitersekretär Linz, jämlich in Berlin.

Ferner waren erschienen im Auftrage des Verbandes deutscher Granitwerke die Herren Jahn, Berlin, Römer, Reichenbach, Heinig, Rostock, Kreuzer, Bensheim, Kumpf, Löbau, Schell, Bayreuth und Dr. Treit, Karlsruhe. Den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands vertraten Alar, Rostock, Schmidt, Wunsiedel, Staudinger, Leipzig.

Die Verhandlungen dauerten zwei Tage und waren reich an spannenden Momenten. Die Vertreter unseres Verbandes wiesen in ihren Ausführungen darauf hin, daß die Löhne in den Schleiferbetrieben äußerst niedrig sind, in gar keinem Verhältnis zu den Löhnen der Bauarbeiter und übrigen Arbeiterschichten. In der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials wurde dies auch nachgewiesen. Der Beruf eines Steinmeisters ist als ein hoch qualifizierter anzusehen, das Misso beim Arbeitsprozeß ist ein sehr großer, so daß mindestens Gleichstellung mit den Bauarbeitern in den Lohnzulagen zu erfolgen hätte. Ferner hat sich herausgestellt, daß dort, wo dauernd im Zeitlohn gearbeitet wird, so in Karlsruhe, Frankfurt a. M., Stettin, Königsberg usw., die Höchstlöhne erzielt wurden. Dort, wo Auffordlohn herrscht, stehen die Stundenlöhne um 30 bis 60 Pf. niedriger als in den vorgenannten Orten.

Die Forderung unserer Kollegen wurde noch einmal zusammenhangend vorgetragen und lautet folgendermaßen:

Für die Lohnklasse II mit 20 Prozent Ortszuschlag sollen folgende Orte in Frage kommen: Bayreuth, Brudmühl, Bensheim, Heppenheim mit Auersbach, Gnadenfrei-Oberpelau, Giersdorf, Coburg, Meissen, Bärwaldermühle und Treuen.

Für die Fichtelgebirgsorte Leinek und Selb wurde ein Sonderzuschlag von 10 Prozent verlangt und auch eingehend begründet.

Für die Orte Golba, Wehlau, Gera, Regensburg und Hof, die in der Klasse II vorgesehen waren, soll ein Ortszuschlag nicht festgesetzt werden, weil in diesen Orten die Kollegen bereits in Zeitlohn arbeiten.

In die Lohnklasse III mit 35 Prozent Ortszuschlag sollen folgende Orte in Frage kommen: Liegnitz, Rostock, Greifswald, Eisenach, Einbeck, Hameln, Wollgast, Görlitz und Löbau.

Für die Orte Frankfurt a. M., Karlsruhe, Kiel, Königsberg und Stettin kommt ein Ortszuschlag wegen der Zeitlohnabschaffung nicht in Betracht.

Weiter wurde unsreits beantragt:

Die Vereinigung der Ortszuschläge soll so erfolgen, daß auf das Ergebnis des Grundlohnes + Ortszuschlag die Teuerungszulage gerechnet wird.

§ 26 (betreffend Ferien) soll eine Reduzierung im Sinne der Kollegen erfahren.

Die Debatte zog sich beinahe zwei Tage hin. Die Unternehmer nahmen davon ebenfalls regen Anteil und plädierten dafür, daß die Ortszuschläge sehr gering bemessen werden sollten, beispielweise könne für Bayreuth ein solcher überhaupt nicht in Frage kommen, weil diese Stadt zum Wirtschaftsgebiet des Fichtelgebirges zu rechnen sei. Arbeitersiebz wurde dies in der entschiedenen Weise bekräftigt, denn die Höhe müßte sein, daß für die Orte Bensheim, Heppenheim und Auersbach ein Ortszuschlag ebenfalls in Westfall kommen würde. Nach eingehender Beratung möchten nun die Unternehmer, bezüglich der Ortszuschläge, folgende Vorschläge:

Gnadenfrei, Giersdorf	21%
Coburg, Meissen, Bärwaldermühle, Treuen	5%
Gotha, Wehlau, Gera, Regensburg, Hof	71%
Liegnitz, Greifswald, Eisenach, Einbeck	10%
Hameln, Bülow, Wollgast	12%
Rostock, Schwerin	15%
Königsberg, Löbau	17%
Karlsruhe, Dortmund, Stettin	10%
Frankfurt, Kiel	10%

Alle hier nicht genannten Orte sollen zuschlagsfrei sein. Die Arbeitervertreter gingen mit diesen Vorschlägen saniert ins Gericht. Es wurde darauf verwiesen, daß beispielweise die Orte mit 21 Prozent, die vielleicht im Jahre 1913 einen Durchschnittsbeobachtung von 1300 Mark aufzuweisen hatten, sage und schreibe mit einem Jahresnachgang von 23 Mark abgerechnet werden sollen. Der 12½ Prozentige Zuschlag für Rostock wird, unserer Ansicht nach, eine Rulage von etwa 200 Mark pro Arbeitstag. Bekanntlich, die Soziallöhne der Unternehmer sollen darum erhöht werden, die bezeichneten Ortszuschläge auf den Grundlohn des Jahres 1911 aufzutragen sollten, so daß in Wirklichkeit Rostock mit 12½ Prozent Zuschlag auf den derzeitigen Gesamtarbeitszeit nicht nur einen Zuschlag von 5 Prozent zu leisten hätte. Die Arbeitervertreter wandten ferner ein, daß ein Schiedsgericht auf derartige Vorschläge eingehen würde, es hätte den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands überzeugen, nochmals eine solche Instanz zur Schlichtung von Leidensfällen einzurichten. Was die Herren Unternehmer in diesem Falle vorschlagen haben, ist nicht einmal als Trinkgeld einzusehen, geschweige denn als Ausgleich gegenüber den betroffenen Lohnzinsen und Wohnungsbewohner in den Städten bzw. Orten. Wenn die Herren Unternehmer immer den Standard der Rentenversicherung vorführen, so muß darauf verwiesen werden, daß durch den schiefen Stand der deutschen Politik das

schiedige Verhandlungen, jedoch so viel leichter als wir zu Arbeitsmägen. Die unarbeitenden Massen werden ohne weiteres auf die Löhne der Arbeitnehmer und Schaffner etwas aufzugeben, dann verzögert. Gibt die Herren Unternehmer einem solchen Antrag stattzugeben? Freudere Herr Tschirat aus Bonn reich plädierte in Nachdruck der Worte dafür, dass für ihn ein Zusatzgut nicht in Frage kommen könnte, nachdem nicht mehr in der Lage wäre, nach dem Abschaffung zu liefern, was er bestrebt sei, das gerade die Abstimmungen für unsere Gewerkschaften die idönen Rechte fördern würden. Auch Herr Kretzschmar, bei alles auf, um zu tun, was die jüdischen Gewerkschaften verlangen, die er daran, in Städte und den übrigen Teilen des Deutschen Reichs einzuführen.

Die Konferenz wurde also in der verständlichen Weise durchgeführt. Eine Voraussetzung lagte den Herren Seinen umfangreiches militärisches Material vor, welches von den Herren Untern. darum als eine Art von Gewalt wurde, aber den Herren unter der Gewerkschaft mit militärischem Material zu dienen.

Bei der Sitzung, am Dienstag 4. Uhr, zog sich das Schiedsgericht zur unmittelbaren Beurteilung zurück, und nach fünfminütiger Sitzung stellte der Schiedsgericht am 21. Oktober zu fassen. Die beiden Parteien wurde aufgefordert bis zum 7. Oktober einen offiziellen Bericht zu liefern, und die Bevölkerung erfuhr, dass die Macht der Gewerkschaften fortwährend fortwährend sei und dass sie die Beurteilung befürwortet. Beurteilung über die Gewerkschaften nach dem Frieden.

Die Bevölkerung und die Partei des Gewerkschaftsverbandes informierten den Schiedsgericht am 21. Oktober es sollt werden. Ein Schiedsgericht werden die Bedingungen, die für die eingetragene Gewerkschaft kommen, am 1. Oktober nachgezählt werden müssen. Die beiden Parteien waren in der Meinung, dass die Schiedsgerichtsgerichte zu überzeugen, dass die Schiedsgerichtsgerichte die Gewerkschaften nicht erringen werden. Die Teilnehmer waren aber überzeugt, dass auch unsere Bevölkerung nicht eben dazu, um das Schiedsgericht zu überzeugen, das es in dem Verein in der Zukunft nicht zu überzeugen wird.

Der Bevölkerung und die Partei des Gewerkschaftsverbandes war eine Macht, wenn das Schiedsgericht bereits am 21. September in einer Sitzung des Beratens über die Gewerkschaften entschieden wäre, sondern über andere beobachteten wurde, müssen wir uns damit trösten.

Die Bevölkerung ist aufmerksam geworden, um die Beurteilung, damit sie die Gewerkschaften an die Herren Bevölkerung nicht verzögert.

## Zur Arbeiterschutzkonferenz in Washington.

Der Teil des Friedensvertrages von Versailles, der den Völkerbund betraf, sah, dass der Arbeiterschutz zu den Aufgaben des Völkerbundes gehören soll. Ein besonderer Abschnitt trifft höhere Abstimmungen über die Dezentralisation eines ständigen Arbeitsbüros und alljährlich wiederkehrende Arbeiterschutzkonferenzen, an denen die Regierungen jedes Mitgliedstaates durch 2 und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines jeden Landes durch je 1 Vertreter beteiligt werden sollen. Die erste Konferenz, die diesen Zweck in Washington stattfinden.

Die Frage, ob Deutschland und Österreich zu dieser Konferenz eingeladen und zugelassen werden, ist von den Alliierten entlastet der Friedenserklärungen nicht beantwortet worden. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die in Amsterdam Ende Juli d. J. stattfand, nahm jedoch in der Konferenz teil, als in dieser Frage Stellung. Sie erklärte, sie bereit, bei der Washington abzuholenden Konferenz ihre Mitarbeit zu verleihen unter der Bedingung,

1. dass zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden; die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgend welche Ausnahmen;

2. dass als Vertreter der Arbeiterschaft die von den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörigen Landeszentralen bestimmten Delegierten eingesetzt werden.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei dem Deutschen Kongress vertretenen gewerkschaftlichen Landeszen-

tralen zurücktreten, um der Washingtoner Konferenz nicht zu beitreten.

Die Delegierten der drei nordamerikanischen Länder und der Schweiz gaben daher folgende Erklärung ab:

"Wir erklären, dass wir, wenn nicht alle Länder noch Washington eingeladen werden und trotzdem einzelne Landesverbände sich dort vertreten lassen, dies als einen schweren Bruch der Solidarität der Arbeiterschaft betrachten.

Unsere Landesorganisationen werden sich in diesem Falle genötigt sehen, die Frage zu prüfen, ob sie der Internationale weiter angehören können.

Für Dänemark: Carl J. Mathiessen, J. B. Nielsen, Rudolph Boulien, B. P. Arup. Für Schweden: Arvid Thorberg, Anders Göppert, Janne Jonsson, C. E. Thulin. Für Norwegen: Ole O. Vinje, J. Leigen, Rich. Hanen. Für die Schweiz: Karl Dürr, Ch. Schürch, Ach. Gros-pierre.

In einer Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London am 23. August wurde noch uns vorliegenden Mitteilungen des Internationalen Bureaus folgende Feststellung getroffen:

Bei der ersten Besprechung wurde nochmals ausdrücklich festgestellt, dass das Bureau doren festhalten würde, dass Deutschland und Österreich in die Lübe der Länder, welche zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden, aufgenommen würden und das letzter verlangt werden würde, dass die Internationale Arbeiterschutzkonferenz auch in Zukunft sich mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen habe, jedesmal, wenn es sich um eine Frage handeln sollte, wobei die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Teilen der Welt interessiert sein würde."

Diese Mitteilungen sind der englischen Regierung übermittelt worden und des Bureaus hat sie durch ein Schreiben unterzeichnet W. A. Appleton, J. Dubreuil, C. Mertens, Edu. Guimond, den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften unterbreitet.

Am 3. September fand weiter eine Versammlung in Amsterdam statt, an der der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften L. Jouhaux, zugleich Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, über seine Bemühungen zur Durchführung des Amsterdamer Schlusses berichtete. Nach diesem Bericht hat sich Jouhaux an Herrn Fontaine, den Vorsitzenden des provisorischen Organisationskomitees für die Washingtoner Konferenz, gerichtet. Dieser erklärte ihm, dass er den Amsterdamer Forderungen im Prinzip zustimme, dass er jedoch in der Frage der Einladungen keine Beschränkung besitze, und dass Jouhaux sich daher an den Vorsitzenden des Obersten Rates der Alliierten, den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, wenden müsse. Das ist geschehen. Die leichte Unterredung zwischen Jouhaux und Clemenceau fand am 29. August statt. In dieser erklärte Clemenceau, dass

der Oberste Rat der Alliierten den Amsterdamer Forderungen prinzipiell zustimme, und dass Deutschland und Österreich eine Einladung nach Washington erhalten würden. Die Internationale Arbeitskonferenz wurde dann in ihrer ersten Sitzung in Übereinstimmung mit ihrem Statut über alle neuen Entwicklungen beschlossen.

Umgehört gleichzeitig verbreitete Reuter einen Bericht an die Presse des neutralen Auslands, wonach der Oberste Rat der Alliierten auf Antrag seines Präsidenten Herrn Clemenceau auf Grund der Forderungen der Confédération Générale du Travail beschlossen hat, Deutschland und Österreich auf der Washingtoner Konferenz zu zulassen.

Sowohl wäre also der Eindruck erweckt, als ob die Frage durch die Alliierten zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst wäre.

Das ist jedoch nicht der Fall.

Denn der wirkliche Beschluss der Alliierten hat einen ganz entgegengesetzten Wortlaut. Reuter teilte am 12. September aus Paris folgendes mit:

In der Sitzung des Obersten Rates heute morgen wurde die Frage diskutiert, ob man Delegierten der feindlichen Länder Zutritt zu der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Washington im Oktober gewähren solle. Die amerikanische Delegation teilte mit, dass die Vereinigten Staaten nichts dagegen haben, Arbeitervertreter der feindlichen Länder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in das Land einzulassen. Infolgedessen wurde beschlossen, keine offizielle Einladung zum Kongress an Deutschland oder die übrigen feindlichen Länder gelangen zu lassen. Andernfalls sollen denjenigen, die Lust haben, sich nach Amerika zu geben, gestattet werden, in üblicher

Weise in Amerika zu landen. Sind sie einmal in Amerika, soll ihnen Besuch der Konferenz oder ihrer Teilnahme an Diskussionen oder Abstimmungen keine Schwierigkeiten bereitet werden."

Dennnoch hat der Oberste Rat der Alliierten auch diesen Forderungen der auf der Amsterdamer Konferenz vertretenen Gewerkschaften seine Zustimmung verweigert. Weder Deutschland noch Österreich werden eingeladen oder zur Konferenz zugelassen. Lediglich Vertreter der Arbeiter können in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in den beteiligten Staaten in höherer Weise landen und sollen dann ebenfalls an der Konferenz teilnehmen können.

Es ist selbstverständlich, dass die deutschen Gewerkschaften keine solche Lust haben, ihre Vertreter als Privatpersonen nach Amerika zu entsenden. Der Amsterdamer Konferenzbeschluss, den wir oben in seinem wichtigsten Teile wiedergegeben haben, wird daher zur Ausführung kommen müssen. Nach den Erklärungen, die sowohl die Vertreter der neutralen Länder als auch der Engländer, Belgier und Franzosen gesagt werden, dass die Gewerkschaftsinternationale die Washingtoner Konferenz meiden wird, solange der Oberste Rat der Alliierten einen Standpunkt eintreten wird, wie er in der Rendmeldung vom 12. September niedergelegt ist.

## Zum Problem der Zwangswirtschaft.

Durch die mit brutalster Gewaltsherrlichkeit festgestellte 5 Jahre hingezogene Kriegsführung ist die deutsche Volkswirtschaft in einem Grade unterföhrt und ausgelöscht worden, dass sich der deutsche Wirtschaftskörper zur Zeit in einer Situation der Normalität befindet, wie sie noch nie, wohl ein Industriezeitraum betroffen hat. Die ausgesetzte und ausgehängte Bevölkerung führt nach Lebensmittel jedes Art im weiteren Sinne des Wortes, vor allem nach Produkten, die zur Ernährung, Bekleidung und Behausung bitter notwendig sind. Es besteht nicht nur ein ungemeiner Mangel an solchen Produkten und Rohprodukten, sondern — und das verschärft die Situation ins Ungemessene — auch die Willenskrise des arbeitenden Volkes sind total unterdröhlt, wie es noch der Aussöhnung der materialistischen Dialektik nicht anders erwartet werden konnte. Der gesamte Kreislauf unseres materiellen und physischen Lebens ist in mehr als einem Punkte gefordert, ja zerstört. Ohne Verstärkung dieser grundlegenden Tatsache ist jede Diskussion über das gegenwärtige Wirtschafts- und Ernährungsproblem fruchtlos. Nur so ist es auch zu erklären, dass die verantwortlichen Reichsstellen die von ihnen geforderte kurzfristige Befriedung der Zustände nicht herbeiführen können, sondern sich durchwegs beschränken müssen, an den verhinderten Stellen heilende und lindernde Verbände anzulegen und sowohl nur angängig dem Selbstheilungsprozess nachzuholen. Wer mehr erwartet, ist ein Tor; wer mehr in Aussicht stellt, ein Wirtschaftsfeind.

Von verschiedenen Seiten wird als das alleinige Heilmittel die Ausweitung des Zwangswirtschafts festgestellt. Abgesehen davon, dass der Ausdruck „Zwangswirtschaft“ die Soche nicht richtig trifft, weil es sich dabei mehr um eine Schutz- und Sicherungswirtschaft handelt, darf bei Behandlung dieser Frage nie übersehen werden, dass die sogenannte Zwangswirtschaft im Grunde nichts anderes ist, als die notwendige Abwendung eines Kriegszustandes zwischen Warenangebot und Warenmehrfrage. Dieser Kriegszustand, der in normalen Zeiten infolge der Schnelligkeit der gut funktionierenden Handelsoperationen nur momentweise auftreten kann, ist durch die Kriegsfolgen dadurch zu einem festen, einem andauernden Zustand geworden, dass andauernd Warenmangel herrscht. Die Ausgabe der Zwangswirtschaft will sich dementsprechend nur durchscheinbar, die Garantien zu beschaffen, doch die vorhandene unzureichende Warenmenge in möglichst gerechter Art unter die konsummungsfähigen Volksgruppen verteilt wird, damit sich nicht die begüterten Kreise vermöge ihrer Zahlungsstärke in überreichen Beziehungen befinden können, während die Unbegüterten vor dem Nichts zu stehen verurteilt sind.

Dazu kommt als zweites Moment die soziale Förderung, angelehnt an überaus schlechten Einkommensverhältnisse der großen Volksmassen dafür zu sorgen, dass wenigstens die lebenswichtigsten Lebensmittel, vor allem Brot, Fleisch, Milch, Kartoffeln zu einem Preise kaufen sind, der einigermaßen erschwinglich ist.

Diesen an sich recht primitiven Prinzipien entsprechend — anderen Prinzipien kann es hierbei nicht geben — ist das leitende Ziel der ver-

## Die Leipziger Mustermesse.

Im Frühjahr und im Herbst, also zweimal im Jahre, findet die bekannte Leipziger Messe statt. Die kürzlich beendete Herbstausstellung vom 31. August bis 6. September zeigte wieder ein sehr ernstes Leben und Treiben, über 2500 Aussteller und ca. 100.000 Besucher, die als Besucher und Käufer für die einzelnen Bronzenerzeugnisse in Betracht kamen. Kurz vor der letzten Tag nach Leipzig. Mit diesen Fabriken sind die Handwerkskunst nicht übertrafen. Hinzu kommt, dass die ausstellenden Firmen und Unternehmen mit einem Troph von etwa 25.000 Angestellten erfreuen. Nicht als 40. hauptsächlich dem Bergbau dienende Gebäude waren von den Ausstellern voll bezogen.

2. dass als Vertreter der Arbeiterschaft die von den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörigen Landeszentralen bestimmten Delegierten eingesetzt werden.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei dem Deutschen Kongress vertretenen gewerkschaftlichen Landeszen-

trale zurücktreten, um der Washingtoner Konferenz nicht zu beitreten. Die hervorragende Ausstellungswelt ist sinnlos, regellos empfundnen wird. Nicht mehr sollen, die Waren verteuert, die Handlungsspielzeuge mit Wagenladungen voll Tauschflossen auf gut Glück nach Dingstal fahren, um dort selbst den kleinen Kaufmann an einem Tisch zu überfallen, rein, alle Käufer und Verkäufer sollen sich suchen und finden mit Banch und Angebot an einem Ort. Vorläufig ist Leipzig das große Ventil der ungeordneten Herstellungs- und Austauschweise von Waren, und nicht bloß für Deutschland. Es werden sich andere Ventile hinzugesellen, bis sie eins nicht mehr Ventile, sondern Schwungräder sein werden. Dabei wird Leipzig dank des Vorratens von Jahrhunderten, dass der ältere Organisation immer noch bleiben, was es ist.

Vom Auslande waren hauptsächlich Holland, die nördlichen Länder, die Schweiz, die Tschechoslowakei vertreten, aber auch aus Italien, England und Frankreich waren wieder Aussteller erschienen, sogar aus Japan. Als Aussteller waren vom Ausland 240 Firmen vertreten. Die Umläufe erreichten zwar nicht die riesigen hohen wie bei den letzten Kriegsmessen, sollen aber aufzutreten, jahrelang kein in manchen Branchen auch wieder sehr gut. Zehnmal hatte man den Eindruck, dass die Leipziger Messen durchaus nichts an ihrer Bedeutung und Zugkraft eingebüßt haben.

Auch diesmal muss mit Bedauern festgestellt werden, dass die Steinindustrie, sowie der Naturstein in Betracht kommt, auf der Messe nicht die Verwertung findet. Bei der Entwicklung der Steinindustrie ist dies bedenklich. Man vergegenwärtige sich nur die Propaganda-Artikel in einigen Zeitschriften in der Steinindustrie der deutschen Kultur, wie überhaupt für die Verwendung von natürlichem deutscher Granit. Es genügt nicht, dass man in Fachzeitschriften dafür eintritt, sondern man muss auch unserer Meinung den Worten nach die Taten folgen lassen, muss zu Mustern und fertigen Produkten zeigen, was es damit auf sich hat, wenn man für die Verwendung deutscher Gesteine sich schriftlich ins Zeug legt. Kunstgewerbliche Arbeiten zeigten in keiner Beziehung noch nichts. Die Marmorendustrie vom H. Glendon & Co., Berlin, ausgestellt, u. a. den „Wahn“ von John in Brodmannmarmor, die prächtige Gruppe „Wiedersehen“ in Calcitlinamarmor, in welchem Material auch von Sinding „zwei Menschen“ und von Boelzig „Eine Frage“ ausgeführt waren. Eine kostbare Statue war ein Jäger in Marmor, dessen Hände und Gesicht in Bronze ausgeführt waren — eine hochkünstlerische Wirkung! Auch die Skulpturen in gelöntem Marmor, wie das „Spanferküsst“ und die bekannte „Adlergruppe“ von Körber waren wunderbare Kunstwerke.

Die Metall- und Lederwarenfabrik G. m. b. h. Berlin-Lichterfelde, hat mit ihrer Siena-Abteilung in echtem Marmor eine hervorragende Neuheit zur Messe gebracht, die schon zur Frühjahrsmesse bereitgestellt wurde.

Von ehemals ist dieser Marmor nicht zu unterscheiden. Außerdem zeigt die Firma Marmornasen mit Hornsteinkörper in Del als hervorragende Neihheit. Das Material stammt aus dem Harz und lässt sich ganz vorzüglich für kunstgewerbliche Gegenstände verarbeiten.

Wiesbaden begegnete man Bronzen, die auf Marmortafeln stehen, die oft recht klobig gearbeitet waren. So stellen z. B. derartige Kunstwerke aus: Julius Wolf i. Firma Wilhelm, Mühlberg, Robina Schatz, Richard Lemke (in verschiedenfarbigem Marmor), auch in Serpentinit, darunter Soden von reich großer Umfang, Louis Eunice sämlich in Berlin. Auch Uhren mit Marmorgehäuse waren vielfach vertreten, sowie Schreibzeuge in Marmor. Eine schone Auswahl bei M. J. Kirch, Berlin, in einem marmortartigen Spezialstein (Hessen-Massiv), sowie in brosilienschem Marmor, der in seiner Buntfarbigkeit sehr schön wirkt, ferner in malachitfarbigem Marmor. Recht geschmackvolle Uhrengehäuse in Marmorkombinationen, z. B. Weiß mit Grau, Grau mit Weiß, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht, Berlin. Speziell in grünem Marmor halten Uhren, Schreibzeuge, Schalen usw. Gebrüder E. & S. Berlin, in deutschem und italienischem Marmor. Siegfried Bloch, Berlin, ausgestellt. Nicht nur in Marmor, sondern auch in Serpentinitsteinen, z. B. Weiß mit Grau, Grün mit Grau, brachte die Thüringer Uhrenfabrik G. m. und Hermann in Erfurt zur Messe. Eine reiche Kollektion von Schreibzeugen und ganzen Schreibzeuggaranturen in deutschem, grauem Marmor in äußerst geschmackvollen Ausführungen bot Alfred Albrecht

wertvollster: Reichspoliten, einmal alle weniger lebenswichtigen Produkte aus der Zwangswirtschaft zu entlassen, zum anderen aber die lebenswichtigsten Produkte möglichst voll zu erhalten, damit nichts in heimliche Hände verschwindet, und drittens sie mit Preisen zu verbinden, die den berechtigten Interessen der Verbraucher wie Erzeuger entsprechen. Dass es äußerst schwierig ist, diesen Interessengleichgewicht angemessen durchzuführen, bedarf keiner Erörterung. Dass der jetzige Zustand der abgegebenden Stellen hierfür vorhanden ist, ist ebenso wahrscheinlich, indem im Lauf der letzten Monate bei einer ganzen Reihe von Lebensmittelkäufen die Zwangswirtschaft aufgehoben worden ist. Es gibt niemanden in der Reichsregierung, der auch nur entfernt daran denkt, die Zwangswirtschaft etwa aus einem theoretischen oder speziellen Prinzip heraus aufrechtzuhalten. Die Reichsregierung folgt selber nur einem real- und sozialpolitischen Maß, für bestimmte Lebensmittel die Zwangswirtschaft unter allen Umständen und mit allen Mitteln durchzuführen.

Was das im Grunde einfach liegende Problem aber verwirrt macht, ist ein Punkt, der immer wieder übersehen wird, obwohl er letzten Endes der ausschlaggebende ist: die **Balutfrage**. In normalen Zeiten wird der Mangel an einheimischen Produkten mit Beizigkeit durch ausländische Einfuhr an Hand des Weltmarktpreises ausgeglichen. Diese normale Beizigkeit wird heute durch die deutsche **Zahlungsschwäche** und die schlechte Bewertung unseres Papiergefildes im Ausland (Valute) total verhindert. Der frühere Weltmarktpreis für Getreide ist heute wegen der allgemeinen Warenknappheit in allen Weltteilen ein sich schon außerordentlich hochgesteigert. Für den deutschen Käufer wird er durch die schlechte Valute und die ungeheueren internationales Frachtposten noch vervielfacht, so daß, wie der Reichswirtschaftsminister am treffenden Beispiel sehr klar ausführt, die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft tödlicher zur Folge hätte, daß z. B. der Saib Brot, der heute mit etwa 1.30 M. bezahlt wird, auf 8-9 M. zu stehen könnte und für die breite Masse unerschwinglich wäre. Wir müßten dann zuseher, wie sich die joblungsfähigen Kreise unsicherhaft einbeden und den andern ihre Nation gekündigt würde, weil eben nicht überreiche Vorratsmengen da sind.

Die Zwangswirtschaftung hat nicht einen Freund. Der **B**ro**d**u**z**e**n**t der Lebensmittel, der zwischenmüssen, wie die Waren des freien Handels mit ungeheuren Konkurrenzgewinnen verhandelt werden, ist verbüßt, daß seine gewöhnlich mühselige Arbeit nicht einen ähnlichen Ruhm abwirkt; der **H**a**n**d**e**l ist verdrängt, daß er unter der Zwangswirtschaft nicht frei schaffen und walten kann, daß er nur mechanischererteil ist und sich mit einem kleinen Handelsgewinn zufriedengeben muss; der **K**on**s**u**m**e**n**t ist ungehalten über die zeitraubende Kartenzwirtschaft, die bescheidenen Nationen, die oft schlechte Qualität der ihnen zugeschobenen Ware, bei der es ein Ausstechen nicht gibt.

Diese dreifache Verärgerungsgruppierung wird von denen, die nicht müde werden, einer mißliebigen Regierung Anspiegel zwischen die Beine zu werfen, wo es nur geht, und von den Profitinteressenten planmäßig ausgebaut, um gegen das „Zwangssystem“ Sturm zu laufen. Es wird nicht nach dem Prinzip der Einsicht gehandelt, sondern nach dem bekannten Leitwort: Sterer Tropfen höhlt den Stein! Da ist es kein Wunder, wenn selbst diejenigen wankend werden, um deren Schuh und Sicherung es sich bei dem allem doch handelt: die Konsumtentenkreise.

Zwischen dieser Standung stehen die verantwortlichen Reichsstellen, die für jedes Moment des Verhagens in der Versorgung meist in nächster Form zur Rechenhaft gezogen werden. In der Bevölkerung hat man allgemein keine Vorstellung davon, in welcher Weise die Entschlüsse über Beibehaltung oder Lockerung der Zwangswirtschaft zu stände kommen. Es wird vielfach angenommen, daß diese Entschlüsse am gütigen Tisch entstehen, während die Sothe doch so verläuft, daß jeder Maßnahme gründliche und langwierige Konferenzen sämtlicher in Frage kommenden Interessenten vorangehen. In diesen Konferenzen sind nicht nur die Schwerständigen der Regierungsstellen vertreten, sondern zugleich auch die Vertreter der Produzenten, des Handels und der Konsumenten, d. h. der Arbeiter. Doch nie ist eine Maßnahme durchgesetzt worden gegen die vorherrschende Meinung dieser Konferenzen. Vielmehr hat es in Wirklichkeit meistens so gewesen, daß sich in den Grundsätzen eine Übereinstimmung herausgestellt hat, weil eben nur der sachliche Meinungsaustausch der Interessenten imstande ist, das Für und Wider gerecht und frei von allen Einseitigkeiten abzuwägen. Alles der Vogelperspektive, wenn man so sagen darf, dieser Konferenzen gewinnt man eben ein ganz anderes Bild, als wenn man sein Urteil nur auf die Meinung eines einzelnen engen Interessenkreises aufbaut.

So ist es immer gewesen, und so wird es bleiben. Jede Regierung, die vorgesetzte Tendenzen politisch treibt und nicht nach dem Prinzip des vernünftigen Interessenausgleichs arbeitet, macht sich über kurz oder lang unmöglich. Sie kann mit getragen werden durch das Momentum

## Rorrespondenæn.

Golha. Der Kollege Leyboldt, Vorsitzender in Jena, sendet uns folgende Befürchtung bzw. Engegennahme:

In der Nummer 39 des „Steinarbeiter“ finde ich an unserem Bezirksoervereinigungsbereicht Gotha eine Anmerkung der Redaktion, die den damaligen Vertretern von grohem Interesse sein dürfte. — Es heißt da unter anderem: „Die „Theorien“ lassen wir auf sich beruhen, denn es ist ziemlich unklar, was darunter zu verstehen ist.“ Hierzu muß ich bemerken, daß die in Gotha angenommene Resolution im Bericht gänzlich entstellt wiedergegeben ist, denn es wird in dieser nichts von den „Theorien“, sondern von der Taktik des Centralvorstandes gesagt. Selbst wenn der Berichterstatter von der Bezirksovereinigung das Wort „Theorien“ wirklich gebraucht hat, so mußte es der Redaktion bei etwas gutem Willen zum Nachdenken ein leichtes sein, die Kernaussage richtig zu erfassen. Aber derartig unangenehme Dinge verachtet man dort aus altbekannten Gründen gar zu gern. Und zwar war als „Taktik“ die Stellungnahme des Centralvorstandes bei dem Streit in Mühlhausen gemeint.

In der Anmerkung der Redaktion heißt es weiter: „Für uns kommen gewerkschaftliche Grundsätze in Frage, nicht politische Streitigungen.“ Nun, wie es mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen am „grünen Tisch“ aussieht, darüber haben ein Teil der Kollegen ein anderes Urteil. Dass in heutiger Zeit neben den gewerkschaftlichen Grundsätzen sehr oft politische Fragen im Vordergrunde stehen müssen, ist allen Kollegen längst bekannt. Wenn nun solche Fragen von der Redaktion als „politische Streitigungen“ hingestellt werden, so beweist es mir, dass diese sehr „bureaucratisch“ angehaucht sein muss. Zum Schluss berichtet die Redaktion: „Wir halten es für viel praktischer, wenn vorwärts geschaut und nicht im Bergengenzen herumgetramt wird.“ Ganz meine Meinung! Aber die meisten Kollegen können eben immer „die noch gewerkschaftlichen Grundsätze geachtete Kriegsanleihe noch nicht ver-

Anmerkung der Redaktion: Bei allem guten Willen, den die Redaktion nun einmal bekundet, langt es zum Gedankenlesen doch nicht. Solche Wortverwechslung sollte allerdings in einer Resolution nicht vorkommen, denn "Theorien" und "Tatlit" sind nun einmal zwei ganz verschiedene Begriffe; aber wir nehmen davon gern Notiz, weil damit auch unsere kurze Bemerkung in dem betreffenden Bericht gegenstandslos wird. Im übrigen rennt der Kollege Leyoldt mit seiner Richtigstellung offen: Tüten ein. Die zwischen den Zeilen liegende Vermutung, daß vielleicht die Wortentstehung durch die Redaktion vertrieben wurde, oder daß absichtlich das Wort stehengelassen wurde, um zu verschleiern,? das ist eine Behauptung, gegen die kein Beweis gesagt zu werden braucht, solche Sätze sollen nur dem Schreiber selbst zur Last. Sie sind nur ein betrübendes Frächen von der Achtung, die man gegen die Angestellten seines eigenen Verbandes hat. Hervor „Grüner Tisch“, „bureaukratisch“ und wie es sonst so schon heißt, das sind recht abgeleitete Wörter, die immer dann hervorgeholt werden, wenn — — — na, es drückt sich dem Stände nach mit dem vorhergehenden Soh! Sonst nun in der Bezeichnung eine Beschränkung über uns unbekannt sein sollende, andern längst bekannte Sachen gegeben wird. Ist die Redaktion befürchtet, es führen Thüren auf einen kleinen und

**Weichenbach (Odenwald).** Vom den Weineinbarungen in Leipzig

die Leuerungszuschläge auf die Altkordäste, sowie die Lohnziffern  
zuschläge bezirksweise geregelt werden. Die Verhandlungen  
waren über könnten für den Obenwaldbegirk erst am 26. August statt-  
finden. Aus dem Begirk waren sämtliche Wahlstellen vertreten.  
Von den Arbeitgebern waren 5 Herren anwesend. Die Arbeiter-  
vertretungen wurden vom Gauleiter Gießert begründet. Da die  
Leuerungszuschläge an jenem Verhandlungstage (26. August) noch  
zwischen beiden Verbänden für das ganze Reichsgebiet Verhand-  
lungsgegenstand war und wir mit dem vorliegenden Angebot der  
Arbeitgeber von 120 Prozent nicht einverstanden waren, mußte  
dieser Punkt vorsichtig zurücksiehten werden. Die Festsetzung der  
Stundenlöhne rief eine längere Debatte hervor. Das Entgegen-  
kommen seitens der Arbeitgeber auf unsere Forderung war aber  
so gering im Hinblick auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse,  
daß die Vertreter der Arbeiter die Vorschläge der Unternehmer ab-  
lehnten. Auch ein zweiter Vorschlag der Arbeitgeber wurde ab-

gelebt. Über die Befolge für die II. Ortskasse konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden und soll nun über das letztere wie bereits vorgesehen war, das Schiedsgericht vor dem Reichsgerichtsamt entscheiden. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen und der Kollege Saett erhielt den Auftrag, die Frage der Stundenlohnne und der anderen Punkte dem Schlichtungsgericht in Darmstadt zur Erledigung zu unterbreiten. Am 12. September wurde nun vor dem Schiedsspruch gefällt. Es ist dasselbe, was der Arbeitgeber uns in der Verhandlung am 26. August als zweiter Vorschlag unterbreitet hatten. Dieser ist Löhne vor von 1.30 P. bis 1.00 M. pro Stunde je nach der Kategorie. Eine Klassifizierung der Löhne in diesen Kategorien findet nicht statt. Wenn nach Ablauf von 7 Tagen dieser Schiedsspruch von keiner Partei abgelehnt wird, so gilt er als angenommen und tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. Unsere Vertreter lehnten vor dem Schlichtungsgericht die Zustimmung zum Spruch ab und wollen die Entscheidung den Kollegen im Bezirk überlassen. — Es muß aber noch erwähnt werden, daß die Kollegen des Odenwaldes durch den Hohen Schiedsspruch gehemmt würden, wie der Schiedsspruch in Darmstadt bestellt; denn unsere Arbeitgeber haben es verstanden, diese Titulierung für sich auszunutzen. Auch das Verhalten der Weisenstadtkonferenz zum Schleifereitatis muß einmal getügt werden, denn in unserem Bezirk wird es schlecht verstanden. Der Tarif, der 13000 Schweiktripen gefoslet hat, wird abgelehnt und der Schiedsspruch in Hof angenommen. Wie vertraten die Aussassungen, daß erit gerechnet werden muß und dann ein Urteil über den Tarif zu fällen ist.

Soweit der Bericht; mittlerweile hat die Abstimmung im Bezirk stattgefunden und ist das Resultat 209 dafür und 293 gegen den Darmstädter Schiedsspruch. Damit scheint die Angelegenheit im Odenwaldbezirk auf den bekannten festen Punkt angelangt zu sein. Es kann gerade nicht behauptet werden, daß der Schiedsausschuß in Darmstadt eine geschickte Lösung gefunden habe. Denn er war vorauszusehen, daß unsere Kollegen einen Schiedsspruch, der nicht mehr brachte als das bereits abgelehnte Arbeitgeberangebot, ebenfalls ablehnen würden. Wird nun kein anderer Weg gefunden und die Arbeitgeber beharren auf dem Angebot, daß sich der Schiedsausschuß ebenfalls zu eigen mache, dann scheint eine Arbeitseinstellung unvermeidlich. Hinsichtlich wird das „pro und contra“ auf beiden Seiten in einer Zusammenkunft nochmals ernstlich erwogen und eine Linie gefunden, auf der eine Fürtigung in der letzten Minute noch möglich ist.

Auf den Hinweis im Bericht zum Hörer Schiedsspruch und seine Folgen für den Odenwald sei bemerkt, daß dieser Schiedsspruch, soweit er die Stundenlöhne im Kästelgebirge regelte, nur dieses selbst anging; die Festlegung der Teuerungszuschläge an den Allordtarif dagegen deckte sich ungefähr mit dem, was unser Verband generell für das ganze Reichsgebiet gefordert hatte. Der Verband der Granitschleifereien allerdings wollte diesen Hörer Schiedsspruch im ganzen als Grundlage für die übrigen Bezirke und Orte im Reichsgebiet gelten lassen. Das hat unser Verbandsleiter selbstredend abgelehnt, soweit die Stundenlöhne in Frage standen. Dagegen die Teuerungszulage konnte als Minimum für den Allordtarif gelten, weil die bezirklichen haptischen Unterschiede im Stundenlohn und in den Zusatzzuschlägen zum Ausdruck kommen sollten. Also ein Vorwurf über die Annahme des Hörer Schiedsspruches für den Bezirk des Kästelgebirges ist wohl nicht angebracht, und wenn ferner die Arbeitgeber im Bezirk Odenwald durch die gegebene Situation bei ihren Begründungen gegen die Arbeitersforderungen Erfolg hatten, so der Darmstädter Schiedsspruch beweist, so sind die Kollegen im Kästelgebirge davon gewiß unschuldig, soweit die Lohnfrage in Betracht kommt. Die andere Bemerkung zur Weichenstädter Konferenz ist dagegen nach unserer Auffassung durchaus am Platz.

**Ostrik.** Am 18. September fand im hiesigen Betriebe eine Versammlung statt, in der Kollege Schuster einen ausführlichen Bericht über den Abschluß des Reichsvertrages für Pflester- und Schotterwerke gab. Die Kollegen sahen die Schwierigkeiten, die hierbei zutage treten mußten, ein und hatten Einwendungen gegen den Abschluß des Reichsvertrages nicht zu machen. Ferner wurde der Forderung zugestimmt, in die westpreußische Provinzialregierung den Antrag zu stellen, die eigene Löhne ab 1. Oktober bis 31. Dezember um 30 Prozent zu erhöhen. Die hierzu erforderlichen Schritte wurden Kollegen Schuster übertragen. Eine weitere wichtige Aussprache rein örtlicher Natur fand am Schlusse statt und wurde vom Rabe und Gegenteile hierbei stark Gebräuch gemacht.

Um a. d. D. Steinarbeiterversammlung am 19. September 1919  
im Gewerkschaftshause. Zunächst wird der Einkauf des Bezirkstor für Bohern besondigegeben und die Anregung, eine Konferenz zu beschließen, gutgeheißen. Dann erfolgt Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung bei der Firma Schwenk, Kunzsteinsfabrik, und den Verhandlungen der Gräbst eingeschäfste. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig. Gestützt auf die Einigkeit der Kollegen bei der Firma Schwenk konnten die Arbeitervertreter nach händigem Widerstreit der Firma erreichen, daß ab 3. September d. J. die bestehenden Löhne um 20 Prozent erhöht und nach dreijähriger Tätigkeit bei der Firma Toge, nach sechsjähriger 4 Tage Urlaub gewährt werden. Die neuen Löhne erreichen nun die beschiedene Höhe für Steinholzer 2.04 M., Schleifer, Stampfer, Ausläder und Hilfsarbeiter 1.70—1.92 M., Jugendliche 0.75—1.10 M., Weibliche 0.95 M. pro Stunde. Jetzt wird von den Vorgesetzten der Firma mit sicher Ausdruck für Wiedereinführung der Sklortalität geworbt. Ob mit Erfolg? — Da: Inhaber der Grabsteinreihäute konnten erst nach vierjahrlänger Arbeitstruhe sich entschließen, auch den Stundenlohn von 2.04 M. zu genehmigen. Geforderten waren 2.15 M. Bezeichnend ist hier in diesem Falle die so seltene Einigkeit der Unternehmer, was leider bei den Kollegen nicht der Fall war. Das Verhalten des Steinholzers Franz Ohnewald hatte diesen Aus-

Die geplanten Veranstaltungen des Bildungsausschusses (Vorlesungen und verschiedene Kurse) sollten auch von den Kollegen recht heilig benutzt werden, denn „Wissen ist Macht“. Zur Zeit steht aber diese Macht noch auf sehr schwachen Füßen. Mit der Missförderung dieser Fähigkeiten zu untersetzen und zu abannieren, wird die Welt zum

**Höchst i. So.** Am 25. September fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in welche der Vorsteherde, Kollege Hübner, die höchsten Punkte des Manetarifes brachte, die in Berlin zur Annahme erlangten. Der Tarif erst am 1. Januar 1920 im Kreisrat festgestellt, hat darin seine Ursache, weil die Bezirkslehrtarife bis dahin

als gefördert werden können, schien uns pr. Ruff, Sturm; wurde beschlossen, die Leistungszulage um 30 Proz. erhöhen zu lassen. Unter Punkt „Verschiedenes“ gab es eine längere Ausprache über örtliche Betriebsnärrisse, in der betont wurde, daß in verschiedenen Betrieben der Arbeiterausgleich besser funktionieren müsse.

Waldenburg (Schlesien). Am 21. September fand hier unter Leitung des Kollegen Kühlne eine Versammlung statt, an der mehrere auswärtige Kollegen teilnahmen. Trotzdem sich einige Kollegen zur Abfahrt melden, stehen immer noch eine Anzahl fern, sie haben die neue Zeit noch nicht begriffen und wollen gesternmorgen im Schlesien dem alten Regime noch weiter dienen. Der Kollege Kühlne behandelte die Sozialverhältnisse in Waldenburg und Umgebung und wies auf Grund dieser Unterlagen nach, wie notwendig hier ein Ort einer gute, einige Organisation sei, er erjudete die Anstreben, dafür zu sorgen, daß alles, was in den Betrieben arbeitet, dem Verbande zugeführt wird. Danach Schluß der Versammlung.

Kromenz, Sonnabend, den 20. September, fand im Goithoß zum Löwen in Kämmerzell unsere Monatsversammlung statt, die gut besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der in Berlin verabschiedete Reichsarbeitsvertrag behandelt. Der Vorsitzende gab hierüber einen kurzen Bericht, in dem er darauf verwies, daß der Abschluß dieses Vertrags als ein großer Erfolg des Zentralverbands der Steinarbeiter anzusehen sei. Eine Ausprache über diesen Punkt erfolgte nicht, da die Kollegen erst einen vollständigen Bericht im Steinarbeitertag erhalten. Im zweiten Punkt "Gewerkschaftsbericht" entpuppte sich eine längere Debatte über eine Tenerungsfolge. Da unter Bertrag am 30. September abläuft und der Tarif erst am 1. Januar 1929 in Kraft tritt, müssen sofort Schritte unternommen werden, um eine tariflose Periode zu vermeiden. Die Kollegen ziehen auch zur Red: daran hin, daß besonders in der letzten Zeit die Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfssachen erheblich gestiegen sind. Bezi kommt von verschiedenen Seiten nach einem Abbau der Löhne gefordert wird, so möchten wir diesen Kreisen zutun, auch für einen Abbau der Preise für Lebensmittel und anderer notwendiger Bedarfssachen einzutreten, denn diese sind die Folgen der Forderungen nach höheren Löhnen. Obwohl die Arbeit der Steinarbeiter eine der schwierigsten ist, so sind doch die Löhne im Durchschnitt zu anderen Berufsgruppen in der Lauter noch weit im Rückstande. Die Steinarbeiter der Kamenzer Umgebung hoffen somit, daß auch die Unternehmer eine weitere Förderung erkennen werden. Folgender Auftag wurde auf etatunmig angenommen: Den Unternehmern sofort eine Forderung auf Gewährung einer weiteren Tenerungsfolge von 20 Proz. ab 1. Oktober zu stellen. Unter "Kartellbericht" machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit ein Hochschulturnus beginnen soll, an dem sich auch die Kollegen recht zahlreich beteiligen möchten. Die Vorträge werden außer wissenschaftlichen auch wirtschaftliche Fragen behandeln, die den Arbeiterschichten in den Betrieben zur Ausübung ihrer Rechten von großem Nutzen sein werden.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden dann noch einige lokale Fragen beraten. Mit einem Appell an die Kollegen, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und die säumigen Versammlungsbesucher aufzurütteln, war Schluss der Versammlung.

Klaus a. Rhein. Am 19. September fand in der Wirtschaft Eschweiler eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Lenz aus Hammelbach sprach über die Geschichte der Organisation, über ihre Entwicklung, über ihr schwieriges Emporkommen in der Zeit des Sozialisten-Gesetzes, über den Krieg, seine Kosten und Folgen, über die Revolution, das gewaltige Wachsen der freien Gewerkschaften. Er legte den Kollegen durch seine Worte dar, daß es in der heutigen Zeit eine Notwendigkeit sei, organisiert zu sein, um durch festen Zusammenhalt gegen die Ausbeutung des Kapitalismus gewappnet zu sein. Im weiteren Verlauf der Versammlung hat ein Kollege, der zu unserem Verbande vom christlichen Verband der Stein- und Steinarbeiter übergetreten war, um Hilfe gegen die ihm nicht wohlgesinnten christlichen Kollegen, die ihn wegen seinem Uebertritt boykottieren wollen. Von sieht daraus den Terror der christlichen Steinarbeiter in dem Betriebe Raal, trotzdem der neue Tarifvertrag von beiden Verbänden abgeschlossen wurde.

**Augsburg.** Am Sonntag, dem 7. September, tagte im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Bezirksversammlung mit Hauptordnungspunkt: Abschluß von Bezirksverträgen. Schon zu Beginn der Versammlung konnte eine rege Beteiligung des Bezirkes festgestellt werden. Gauleiter Kollege Schmidt berichtete über die bisher geleistete Arbeit der Zentrale und Gauleitung. Trotz der Schwierigkeiten sei es gelungen, eine ansehnliche Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kollege Schmidt wies auch die Kollegen darauf hin, daß es bei dem Abschluß eines Bezirkstorches dann in örtlichen Leuerungsvereinigungen nicht mehr so einfach und schnell gehen wird als heute, wo man noch mit den am Ort bestehenden Arbeitgeberorganisationen oder gar mit den einzelnen Arbeitgebern selbst in wenigen Tagen unterhandeln kann. Der vom Vorsitzenden der Zahlstelle Augsburg vorgelegte Entwurf wurde auch vom Gauleiter gutgeheissen und den Kollegen zur Annahme empfohlen. Die Versammlung beschloß dann, eine Kommission zu wählen, welche die aus dem Bezirk eingehenden Abänderungsvorschläge und den Entwurf selbst noch einzeln prüfen und voll umarbeiten soll. Eine Delegiertenversammlung des Bezirks soll dann darüber entscheiden. Es wurde beschlossen, für Augsburg eine weitere Fortdauerung von 50 Pf. pro Stunde einzureichen, was im Anbetracht der fortwährenden Preissteigerung nur ein kleiner Ausgleich ist. Einer scharfen Kritik wurden die Löhne der Ulmer Kollegen unterzogen. Dort wird heute noch für 1.70 M. Stundenlohn gearbeitet, während die kleinen Provinzstädte, wie Dillingen usw. 2.20 M. Stundenlohn aufweisen. Die Löhne in Ulm bilden ein Hindernis im ganzen Bezirk. Nach 6 Stunden konnte die anregende Bezirksversammlung geschlossen werden mit dem Hinweis, die Kollegen möchten daurend ein solches

**Zeit a. Main.** Eine von unserer Zahlstelle an die hiesigen Unternehmter gerichtete Forderung auf eine Teuerungszulage von 25 Prozent wurde von den in Frage kommenden Unternehmern mit dem Hinweis auf den erst im Mai abgeschlossenen Beitschaftsvertrag abgelehnt, weshalb wir die Forderung an den Schlichtungsausschuss weitergehen lassen. Bei der Verhandlung am 12. September erzielten wir, ohne daß ein Schiedsspruch gefällt wurde, eine Einigung auf 20 Prozent für Betriebsarbeiter und 18 Prozent für Lebige unter 22 Jahren. In einer am Montag, dem 15. September, im Saale des Herrn Hederer in Zeil tagenden Gustbesuchten Versammlung nahm man Stellung zu dieser Teuerungszulage. Einige Kollegen glaubten, man hätte im Hinblick auf die immer zunehmende Teuerung mehr fordern sollen. Der zweite Vorsitzende Kollege Barth, der wegen Krankheit des ersten Vorsitzenden die Versammlung leitete, erstattete Bericht von der Verhandlung, er kritisierte auch, daß auf einzelnen Werkplätzen die Feiertage nachgeholt würden. Auch wurde beschlossen, mit den paar Unorganisierten, die aus Scheinheiligkeit oder Dummheit es nicht für nötig halten den Verbände beizutreten, andere Seiten aufzuzeigen.

**Festenbach.** Am 20. September fand hier eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden, Bericht der einzelnen Werkplätze über Einhaltung des Tariffs, Erhöhung des Votabestrags und Verschiedenes. Der Kollege Neuner wies mit Bedauern auf den schlechten Versammlungsbesuch hin. Wegen Verlustwechsel unseres bisherigen Vorsitzenden wurde Neuwahl vorgenommen, die auf den Kollegen Konrad Ullrich fiel, der dann den Vorsitz übernahm. Be treffs Einhaltung des Tariffs wurde bemängelt, daß die Kollegen leider nicht genug auf dem Posten sind. Mit Nachdruck wurde auf die Pflichten und Rechte der Betriebsräte hingewiesen, die hier eine erhebliche Tätigkeit entfalten können. In etlichen Betrieben geht es halt immer nicht durch die Bouheit der eigenen Kollegen. — Der Votabestrag wurde um 5 Bl. erhöht ohne besondere Debatte, denn hätten wir im letzten Streik Votab-Gelder gehabt, wäre ein Zustand sicher gewesen. Im Punkt Verschiedenes wurde nochmals die Tarifklärung mit den Unternehmen einer Befragung unterzogen, weil sie immer und immer wieder bei den Verhandlungen behaupteten, bei Stundenarbeitsbewilligung würden sie nur Faulenzer erziehen, und wollten uns dem Scheintariff zu halten. Doch das Gegenteil hat sich herausgestellt. Es wird jetzt mehr „gefaßt“ als noch einer Flüchen und Gittertorf. Hier kommen die Unternehmer daher, daß sie keine Faulenzer erziehen müssen, wie sie immer sagten. Es werden zur Zeit in verschiedenen Betrieben des ganzen Bezirks Votabquader bearbeiten. Die Unternehmer bilden jetzt einen Konsortium, um die Votabquader auszuholen. Wir werden

zahlen. Die Kollegen werden dringend erachtet, den Stundenlohn hoch zu halten und auf keinen Fall Aflordarbeit einzunehmen. Zum Schluß wurde Kollege Alois Rüth als Senior gewählt. Mit der Meinung, mehr Interesse den Verhandlungen zu widmen und der Partei beizutreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Dresden-Pirna und Umgegend.** Am 17. September fand für das Pirnaer Gebiet eine Versammlung statt, die sich mit der geforderten Leuerungszuflage beschäftigte. Seidel teilte mit, daß in den Schreiben an die Unternehmer eine Zulage von 30 Proz. gefordert worden sei, für das Postamt und für das Görlitzer Gebiet vom 15. September an. Die Unternehmer für das Pirnaer Gebiet haben die Zulage bewilligt, aber erst vom 26. September an. Damit waren die Kollegen nicht einverstanden, und es wurde sofort kritisiert, daß die Unternehmer den Zeitpunkt noch hinzuverschieben verluden. Auch mit der Höhe der Zulage waren die Kollegen nicht einverstanden. Sie sind vielmehr der Meinung, daß eine hohe Leuerungszuflage notwendig sei infolge der steilen Preiserhöhung. Des weiteren waren die Kollegen mit der Zulage von 30 Proz. auf die Grundhöfe der Hilfsarbeiter nicht einverstanden. Es wurden anstelle 30 Proz. 30 Weniige Zulage pro Stunde gefordert. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Unternehmern nachstehenden Beschluß zu unterbreiten. Von 12. September an sind für die Steinbrecher 30 Prozent und für Hilfsarbeiter und Schmiede pro Stunde 30 Wenige Zulage zu gewähren, Sollten die Unternehmer sich ablehnend verhalten, soll zum letzten Mittwoch gegen 20 Uhr eine Abstimmung stattfinden, indem die Unternehmer die Forderung angenommen haben, und zwar zur Hälfte vom 12. September und die andere vom 26. September an. Unter Gewerkschaftlichen gibt der Vorsitzende die über das ganze Gebiet angekommene Tarifblatt bekannt, welche in Nr. 36 des Steinarbeiters (siehe Versammlungsbericht Dresden) veröffentlicht ist. Die Kollegen der Firma Schuster, Herrenleite, beschworen sich über die Handlungswerte der Firma. Es werden dort bei den Steinbrechern die Stücke steiner bestellt, als wie die Stücke in Wirklichkeit von den Steinbrechern gebraucht werden als reines Maß. Die Firma verlangt von den Steinbrechern, daß sie nicht Buchzahl zugeben, als im Tarif vorgesehen ist. Sollte wieder Eintritt bestellt werden, daß sich diese Firma nochmals eine solche Handlungswerte rückholen kommen läßt, hat sie die Konsequenzen zu tragen. Zum Schluß wurde lebhaft debattiert, daß für dieses Jahr Ferien für die Kollegen nicht festgelegt sind und jetzt Ausdruck gebracht, daß sich die Unternehmer für das kommende Jahr darauf einrichten sollen und dieselben durchgesetzt werden.

**Darmstadt.** Am 26. September fand in Neuenschmidlin eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde daß Extraprovisorium vom Rückzug zur Brache gebracht und am Schluß dem Vorstand ein Tarifblatt überreicht. Die Verwaltungskarte des Kollegen Schuster wurde anerkannt. Vor dem Ergebnis der Abstimmung batte Kollege Schuster sein Amt zur Verfügung gestellt. Doch soll er bis 1. November sein Amt weiter verwahren. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde quittgegeben. An die Unternehmer soll eine neue Leuerungszuflageforderung eingereicht werden und wurden die Kollegen Schuster, Niedl, Kubitsch und Schönbach zu Kommissionärsmitgliedern ernannt, die mit den Unternehmern verbündet sollen. Der Vorsitzende Kollege Schuster wies auf die Fassierung des Lohnvertrags hin, bezüglich auf die am 1. Oktober in Kraft tretende Sozialversicherungsfürstigung.

## Rundschau.

**Das Licht in der Werkstatt.** In der Berichtsjahrschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätsweisen (57. Band, 2. Hft.) bringt Dr. Wedmann, Münster i. W., eine Arbeit über den Einfluß des Lichts in hygienischer und sozialpolitischer Hinsicht. Besonders wichtig ist des inneren Sonnenlicht, doch wird auch das normale Tageslicht bei entsprechend langerer Dauer sehr nocheinig auf die Mikroorganismen ein. Außerdem werden die wirksamen Strahlen, so heißt es, durch Staub wie ganz oder teilweise absorbiert, so daß dadurch die gesundheitliche Wirkung des Lichtes bedeutend vermindert wird. Somit wird der Staub in den Werkstätten nicht nur direkt schädlich, sondern auch indirekt dadurch, daß er dem Licht die heilende Wirkung nimmt. Man hat auch künstliche Lichtquellen hergestellt, die die gleiche heilende Wirkung wie die Sonne haben. Man findet sie allerdings nur in Sanatorien usw., nicht einmal in allen Krankenhäusern. Weitere Zukunftsmöglichkeiten bringt die weitere Ausarbeitung dieses Gedankens in sich. Auch den Reichsarbeitsminister, die ja in einer besseren Zukunft in so manchen Betrieben stets sein müssen, wird einmal ein gefundenes, wohltuendes Licht werden. Wie weit sind wir da auch in dieser hygienischen Beziehung noch zurück. Deshalb gilt es zu kämpfen, denn freiwillig werden solche Schritte zur hygienischen Verbesserung des Arbeitslebens nicht unternommen.

**Beruf und Gesundheit.** Die Frankfurter Krankenkasse hat interessante Feststellungen über die Erkrankungshäufigkeit ihrer Mitglieder gemacht. Je jünger die Arbeiter und Arbeitnehmer sind, um so geringer war die Zahl der Erkrankten. Jedoch sind die Zahlen durchweg recht hoch. Sie schwanken zwischen 32 und 57 Erkrankten unter 100 Mitgliedern, je nach den Altersklassen. Das muß erfreuliche Zahlen, die uns beweisen, wie unendlich weit wir noch von einem gesunden, zentralen Arbeitsleben entfernt sind. Da aber der Kapitalismus mit seinen Eigentumstreben ewig der Feind jeder arbeitsfähigen Entwicklung sein wird, so kann gesunde Arbeitserhaltung und damit ein gesundes und frohes Leben nur bringen der gewerkschaftliche Kampf aller Berufsgenossen.

**Gesundheitsparlamente.** Dr. Alions Fischer, Karlsruhe, weist in einer Arbeit in der Münchner medizinischen Monatsschrift (1919, Nr. 29) darauf hin, wie geringfügig die legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Hygienegelehrung gewesen sind. Er hält zur gründlichen hygienischen Durcharbeitung ein Reichsgrundgesetzparlament für erforderlich, in das die berufsärztlichen Vertreter der hygienischen Institute, fachliche Berufsschulen aus allen medizinischen Zentralstellen, Delegierte der Träger der Sozialversicherung, der wichtigsten Berufskräfte, der politischen Parteien etc. zu entfernen seien. Da die Reichsregierung solch ein Parlament nicht berufen habe, so hat nun der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, die älteste, grösste und umfassendste gesundheitspolitische Organisation in Deutschland, es unternommen, seinen Hauptausschuss zu einem deutschen Gesundheitsparlament zu gewählen. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat in ihrem großen Ausschuß bereits eine Körperschaft geschaffen, die beispielhaft und schon mit Erfolg auf die badische Gesetzgebung einzutreten. Sie hat auch in den einzelnen Landesteilen entsprechende Gesellschaften gegründet und auch ähnliche Gesundheitsräte geschaffen. Wenn man so mit dem einzelnen Volke durch deren Vertretung kämpft, so ist Gottes und der Menschheit will und die Theorie größer sein als die Praxis und der Menschlich gute Hilfe besser als der Erfolg.

**Frauenarbeit und Frauenerhalt.** Die Frau ist nicht nur Arbeitssubjekt. Sie ist zugleich bestimmt, das Kind wachsen zu lassen, und wenn sie endlich nicht mehr von jener alten militärischen Bevölkerungspolitik trennen wollen, die Soldaten wollte und nochmals Soldaten, so mußte die Frau ebenfalls doch wenigstens so gehalten sein, daß den Kindern, deren Leben von den Eltern gewünscht und erwartet wird, das Leben auch wird. Jetzt ist sie neuer aber die Geburtenraten einen überaus guten Preis zu geben. Sie betragen 16—20 pro 1000 und handelt der vornehmen Geburtenrate jetzt bei Friedrich, Göttingen, hierin neue soziale Erfordernisse eingefügt, über die er in der Monatsschrift für Geschichte und Geographie (1919, Nr. 6) berichtet. Danach haben sich die Geburten in den letzten 10 Jahren verdoppelt, so betragen nach Friedrich im ganzen 20 Geburten. Bei Erfüllung an diesem Punkt fällt den nächsten Erfordernissen entsprochen zu. Deshalb will sich die Münchner Frauen für Kinderförderung auf ein Referat von Dr. Heder hin in einer Gruppe an das Lebensministerium wenden. Zum großen Erfolg dieser gesetzlichen Zusammensetzung der Worte aber ein den völlig anpassenden Berufstypus der zu erwerben, und befürdet in den letzten Jahren geprägten Frauenerhalt. Daraus sind die Geburtenraten dann auch in den anderen Teilstaaten bedenklich häufiger als in den oberen. Das heißt hier die soziale Wissenschaft bespielt auch schon oft gerade die Rätsel und die Arbeit eine Erweiterung der Frauenerhalt setzt. Besonders auf den Gebieten, für die sich der weibliche Körper bestens eignet. Wie Natur ist sicher überzeugend. Da kann nur die Natur eine soziale Förderung erzielen, der gesetzlich geprägte Kampf einer freien, arbeitsfähigen, sozialen Frau.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Bezirksleiter haben ihre Tätigkeit nur im Einverständnis mit den Gauleitern auszuüben. Lohnbewegungen zu führen ist überhaupt nur Sache der Gauleiter. Einzelne Bezirksleiter haben uns Anträge zur Begleitung vorgelegt, die als äußerst hoch bezeichnet werden müssen. Wir müssen schon bitten, daß größte Sparsamkeit geübt wird.

Sollte in den einzelnen Zahlstellen Bedarf an Schuhwerk sein, so ist uns darüber unverzüglich Mitteilung zu machen. Getragene Militärschuhe kosten 20 M., neue Bergschuhe 50 M. Es ist uns vielleicht die Möglichkeit gegeben, für die Steinarbeiter, die ja aus beruflichen Gründen Schuhwerk besonders nötig haben, solches preiswert durch die Reichsbewerbsstellen zu erlangen. Wir ersuchen um Mitteilung des etwaigen Bedarfs.

Die Verbandsleitung steht ferner mit den Behörden in Unterhandlung, damit unseren Kollegen neue Anträge erfüllt werden. Auch mit der Höhe der Zulage waren die Kollegen nicht einverstanden. Sie sind vielmehr der Meinung, daß eine hohe Leuerungszuflage notwendig sei infolge der steilen Preiserhöhung. Des weiteren waren die Kollegen mit der Zulage von 30 Proz. auf die Grundhöfe der Hilfsarbeiter nicht einverstanden. Es wurden anstelle 30 Proz. 30 Wenige Zulage pro Stunde gefordert. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Unternehmern nachstehenden Beschluß zu unterbreiten. Von 12. September an sind für die Steinbrecher 30 Prozent und für Hilfsarbeiter und Schmiede pro Stunde 30 Wenige Zulage zu gewähren, Sollten die Unternehmer sich ablehnend verhalten, soll zum letzten Mittwoch gegen 20 Uhr eine Abstimmung stattfinden, indem die Unternehmer die Forderung angenommen haben, und zwar zur Hälfte vom 12. September und die andere vom 26. September an. Unter Gewerkschaftlichen gibt der Vorsitzende die über das ganze Gebiet angekommene Tarifblatt bekannt, welche in Nr. 36 des Steinarbeiters (siehe Versammlungsbericht Dresden) veröffentlicht ist. Die Kollegen der Firma Schuster, Herrenleite, beschworen sich über die Handlungswerte der Firma. Es werden dort bei den Steinbrechern die Stücke steiner bestellt, als wie die Stücke in Wirklichkeit von den Steinbrechern gebraucht werden als reines Maß. Die Firma verlangt von den Steinbrechern, daß sie nicht Buchzahl zugeben, als im Tarif vorgesehen ist. Sollte wieder Eintritt bestellt werden, daß sich diese Firma nochmals eine solche Handlungswerte rückholen können läßt, hat sie die Konsequenzen zu tragen. Zum Schluß wurde lebhaft debattiert, daß für dieses Jahr Ferien für die Kollegen nicht festgelegt sind und jetzt Ausdruck gebracht, daß sich die Unternehmer für das kommende Jahr darauf einrichten sollen und dieselben durchgesetzt werden.

Eine Reihe von Zahlstellen der Schleifereigruppe haben noch keine Bestellungen auf den Reichslohntarif gemacht. Zahlstellen, die uns bis zum 6. Oktober diese Meldung nicht zugehen lassen, können mit Tarifen nicht beliefert werden. Dabei noch eine Bemerkung: Eine Zahlstelle mit etwa 120 Mitgliedern bestellte 6 Tarife (sechs). Wie windig muss es in solchen Orten mit den Tarifkenntnissen bestellt sein. Die Tarife selbst können vor dem 12. Oktober nicht geliefert werden.

Bei Einführung des Reichslohntarifes werden sich über die Auslegung desselben sicherlich einige Schwierigkeiten ergeben. Wir ersuchen, daß sich beide Teile, Arbeiter wie Unternehmer, über die Differenzpunkte in sachlichster Weise auseinander setzen. Die Kollegen tun gut, um den Tarif in all seinen Teilen kennen zu lernen, Tariftrehsstudien einzuführen.

Der Reichsarbeitsministerielle Schiedsspruch über die Lohnzuflage für die Granitschleifereien wird erst am 21. Oktober gefällt. Die bewilligten Zusätze werden dann ab 1. Oktober nachbezahlt. Ferner bitten wir die Schleifereizahlstellen, daß der ihnen überworfene Fragebogen streng wahrheitsgemäß ausgefüllt und sofort retourisiert wird.

Die Zahlstellen der Sandsteingruppe werden ersucht, die nach dem allgemeinen Rundschreiben vom 15. Juli verlangte Abstimmung bestimmt bis zum 15. Oktober vornehmen lassen zu wollen.

Bei allen Krankenhäusern, wo die Mitglieder Anspruch auf Krankenunterstützung erheben, ist folgendes von den Kassenärzten zu beachten:

Alle Krankenhäuser sind mit Formular I bei dem Zentralvorstand einzutragen!

Das Statut bestimmt hierüber folgendes:

1. Die Erbringung des Mitgliedes ist innerhalb einer Woche dem Zahlstellenleiter zu melden. Bei späterer Meldung als sieben Tage wird der Tag der Meldung als erster Krankheitstag gerechnet.

Die Meldung durch die Zahlstelle an den Zentralvorstand hat innerhalb eines Monats zu gegehen.

2. Die Kurzzeitzusage beträgt pro Tag 1 M. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage — in allen Fällen — wird nicht untersucht.

Vom vierten Tag an kann bezogen werden:

bei 52 möglicher Beitragsteilung bis 6 Wochen, Höchsttag 36 M.

" 104 " " 8 " 48 "

" 156 " " 10 " 60 "

" 208 " " 12 " 72 "

Weibliche Mitglieder und Jugendliche erhalten pro Tag 50 Pf. Bezugsdauer nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglieder.

Höchsttag ist 18, 24, 30, 36 M.

Die Zahlstellen der Sandsteingruppe werden ersucht, die nach dem allgemeinen Rundschreiben vom 15. Juli verlangte Abstimmung bestimmt bis zum 15. Oktober vornehmen lassen zu wollen.

Bei allen Krankenhäusern, wo die Mitglieder Anspruch auf Krankenunterstützung erheben, ist folgendes von den Kassenärzten zu beachten:

Alle Krankenhäuser sind mit Formular I bei dem Zentralvorstand einzutragen!

Das Statut bestimmt hierüber folgendes:

1. Die Erbringung des Mitgliedes ist innerhalb einer Woche dem Zahlstellenleiter zu melden. Bei späterer Meldung als sieben Tage wird der Tag der Meldung als erster Krankheitstag gerechnet.

Die Meldung durch die Zahlstelle an den Zentralvorstand hat innerhalb eines Monats zu gegehen.

2. Die Kurzzeitzusage beträgt pro Tag 1 M. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage — in allen Fällen — wird nicht untersucht.

Vom vierten Tag an kann bezogen werden:

bei 52 möglicher Beitragsteilung bis 6 Wochen, Höchsttag 36 M.

" 104 " " 8 " 48 "

" 156 " " 10 " 60 "

" 208 " " 12 " 72 "

Weibliche Mitglieder und Jugendliche erhalten pro Tag 50 Pf. Bezugsdauer nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglieder.

Höchsttag ist 18, 24, 30, 36 M.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

Dresden, Pirna und Umgegend. Die Lohnverwaltung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, jedem Mitglied, welches mindestens 50 Vollbeiträge geleistet, vom 6. Oktober an, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit pro Tag 1 M. örtliche Unterstützung zu gewähren.

Die Auszahlung erfolgt Sonnabends, für Dresden von früher 8 bis 10½ Uhr im Volkshaus. Für das obere Büro im Bureau, Birnau, Volkshaus nachmittags von 1 bis 5½ Uhr. Als Legitimation gilt Beitragsbuch und Krankenschein oder Arbeitslosenkontrollkarte. Eine Beitragsregulierung erfolgt in der Jahresversammlung.

Z. A.: Richtig. Siegel.

Kaiseraultern. Das Verkehrs- und Versammlungsbüro befindet sich in der Restauration zur Post, Steinstraße.

Adressenänderungen.

I. Gau.

Ebing. Vorl. u. Raff.: Ernst Prell, Ziegelscheunestr. 9.

Strelitz. Vorl.: Max Borgwardt, Barchnerstr. 68. Raff.: Gust. Bied. Probststr. 1.

III. Gau.

Bezirksteiler für Thüringen Paul Harz, Weimar, Rüdelsstraße 18.

Hohberg b. Wurzen. Vorl. u. Raff.: Oskar Müller.

Penz (Gau). Vorl. u. Raff.: Constantin Nestler, Langerberg 8.

Niels. Vorl.: Max Panzer. Heyda b. Riesa. Raff.: Otto Schröder.

Nürnberg. Vorl.: Paul Reher, Saupershof 49 c, Bezirk Zwönitz.

Christiansburg b. Weimar. Raff.: Heinrich Knobling.

Dornreichenbach (Bez. Wurzen). Vorl.: Gustav Löbel. Raff.: Paul Richter, Mellewitz.

IV. Gau.

Göttingen. Vorl.: Aug. Haare, Rödelstr. 1.

V. Gau.

Niedersachsen. Vorl.: Arnold Schubach. Raff.: Julius Cäsar.

Münster i. Westf. Vorl. u. Raff.: Peter Viehoff, Lübkestr. 30 a 1.

VI. Gau.

Kammeischbach. Raff.: Eugen Schröder.

VII. Gau.

Wittenberg. Vorl.: Alois Schubach, Alt-Königsberg (Wahr. Wald). Vorl.: Alois Gabenhofer. Raff.: Johann Bauer, Oberrohendorf, Post Braunschweig (Wahr. Wald).

VIII. Gau.

Jüterbog e. M. Vorl.: Konrad Illrich, Gasthaus zum Adler.

Literarisches.

Radolf Wissell, Praktische Bibliothek, Unterlagen zur Beurteilung einer funktionalen Verhafungsfestigung. Preis 5 M.

Unter diesem Titel ist im Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin 348, Wilhelmstr. 9, ein Buch des ehemaligen Reichsministers Radolf Wissell erschienen, das uns in die Streitfragen einführt, die zu

diesem Material führen. Wissell geht in diesen Dingen nach einer eigenen Einsicht, in der er sich zu der grundlegenden Bibliothek der Sozialdemokratie befreit, die verdeckten programmatischen Gebungen wider, die er in seinen vielfachen Reden, Denkschriften und mehreren bisher nicht an die Öffentlichkeit gebrachten für das Robinet bestimmten Darlegungen formuliert. Wissell ist immer sehr französisch und vor der Mäßigkeit kein holdender Kritik mehr zurückhaltend. In seinem Vorwort sagt der Verfasser, daß die rechte Wirklichkeit keine kleine Illusion wäre und diese rechte Wirklichkeit heißt vorwärts. Radolf Wissell ist der Kritik, die sie vor der Freiheit und dem Frieden ergibt, sich mit keiner Deutlichkeit, in jeder, der die Reden Wissells kennt, schon vorher wußte, doch die genaue Unterscheidung, er wolle die Zwangswirtschaft der Sozialdemokratie, eine absolute Mäßigkeit ist.